**AMNESTY INTERNATIONAL** Deutschland e. V.
Generalsekretariat . Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin
T: +49 30 420248-600 . F: +49 30 420248-630
E: generalsekretariat@amnesty.de . W: www.amnesty.de

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC: BFS WDE 33XXX

AMNESTY INTERNATIONAL

**AMNESTY INTERNATIONAL** . Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

Vorsitzender der ständigen Konferenz der
Innenminister und -senatoren der Länder
Herrn Georg Maier
Steigerstraße 24

99096 Erfurt

*Vorab per E-Mail*

Berlin, 22.05.2020

**ANLIEGEN VON AMNESTY INTERNATIONAL ANLÄSSLICH DER FRÜHJAHRSTAGUNG DER STÄNDIGEN KONFERENZ DER INNENMINISTER UND -SENATOREN DER LÄNDER AM 17.-19. JUNI 2020**

Sehr geehrter Herr Minister,

Ihr Vorsitz der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder fällt in eine Zeit, in der, neben den gesundheitlichen Folgen der Covid-19-Pandemie, die gesellschaftlichen Fragen und Konsequenzen deutlich zu Tage treten. Für Ihre bevorstehende Arbeit in dieser herausfordernden Zeit wünschen wir Ihnen Übersicht und Erfolg.

Ausnahmesituationen, wie die derzeitige Pandemie-Lage mit grundlegenden Freiheitsbeschränkungen, sind Bewährungsproben für jeden Rechtsstaat und seine Kontroll- und Schutzmechanismen. Amnesty International hat grundsätzliche Empfehlungen im staatlichen Umgang mit der Corona-Krise ausgesprochen, die ich Ihnen gemeinsam mit unseren Anliegen für die Frühjahrstagung diesem Brief beigefügt habe. So müssen alle Menschen einen diskriminierungsfreien Zugang zu Gesundheitsversorgung bekommen. Alle staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung müssen verhältnismäßig sein. Freiheitsbeschränkende Maßnahmen müssen transparent geregelt werden und nach rechtsstaatlichen Maßstäben überprüfbar sein. Zentral ist auch, dass besonders vulnerable Personengruppen wie Geflüchtete oder Wohnungslose besonders geschützt werden. Die Corona-Krise darf keine Verstärkerwirkung für Rassismus und für die Stigmatisierung von bestimmten Gruppen entfalten.

Der Mord an Walter Lübcke jährt sich bald, der rassistische motivierte Anschlag mit elf Toten in Hanau am 19. Februar ist kaum drei Monate her. Das Gewaltpotential durch Rechtsextreme und Rassisten ist unvermindert hoch. Menschen mit Migrationshintergrund, People of Color, Menschen jüdischen oder muslimischen Glaubens sind weiter auch bei uns in Deutschland besonders gefährdet, Opfer von Gewalttaten zu werden. Ich bitte Sie deshalb eindringlich, sich auch und gerade in Zeiten der Herausforderungen durch Covid-19, während der kommenden Frühjahrstagung weiter für die Bekämpfung rassistischer Gewalt und einen besseren Schutz vor Rassismus einzusetzen. Die konsequente Verfolgung rassistischer Straftaten ist eine elementare Aufgabe unserer rechtstaatlichen Ordnung.

In der Anlage finden Sie konkrete Anliegen von Amnesty International. Ich bitte Sie, diese in die Beratungen und Beschlussfassungen der kommenden Frühjahrstagung einzubringen und zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen